

V. b. b.



Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Nummer 6

Juni 1953

Preis S 1.—

Darum: ÖVP.-Kameradschaft!

Vom geschäftsführenden Bundesobmann Hans Leinkauf

Die innerpolitische Entwicklung in Österreich stellt auch die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten immer wieder vor neue Situationen, und es ist daher mehr als gerechtfertigt, wieder einmal von uns selbst und unserer Gemeinschaft zu sprechen.

Mancher hat bei der Gründung der ÖVP-Kameradschaft gedacht, es werde sich um eine Interessenvertretung jener Menschen handeln, die auf der nichtmarxistischen Seite politische Opfer des NS-Regimes geworden waren und daher einer solchen Vereinigung bedürften. Hätten die politischen Verhältnisse zu einer Lösung der materiellen Forderungen der politisch Verfolgten schon vor fünf Jahren geführt, wäre das NS-Problem richtig gelöst, die Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs durch einen Staatsvertrag garantiert, der Along aller Truppen aus Österreich garantiert worden, hätten vielleicht jene Stimmen Recht behalten. So kam es aber anders. Erst jetzt werden die Wiederermachungsfragen teilweise einer materiellen Lösung zugeführt, und daher ist die Existenz der Kameradschaft schon aus diesen Gründen mehr als notwendig. Darüber hinaus hat leider die politische Entwicklung nicht nur in Österreich, sondern in der Welt Formen angenommen, die erhöhte Wachsamkeit gerade von jenen erfordert, die für Österreich gelitten und geopfert haben. Unser Land ist noch lange nicht frei, der innere Feind erhebt von links und von rechts sein Haupt; das sogenannte bürgerliche Element ist anfällig gegenüber dem Radikalismus von beiden Seiten. Die deutschnationale Ideologie feiert feilliche Ursinnd. Der Kommunismus steht drohend

vor uns. Die Partei trägt eine überaus große Verpflichtung. Auf ihr ruht das Schicksal unseres Landes. Sie ist belastet mit der ganzen Staatsverantwortung.

In dieser Situation wächst unsere Aufgabe weit über den Kreis unserer Mitglieder hinaus. Viele Kreise junger Menschen erfassen jetzt bereits den Sinn unseres Opfereinganges zwischen 1938 und 1945. Ein Staatsbewußtsein ist im Entstehen, das wir hegen und pflegen müssen. Der „Freiheitskämpfer“ ist in seiner Auflage bescheiden, doch er wird gelosen, weil aus ihm viele ihre eigene Sorge um Land und Volk lesen, weil er zum Sprechrohr aller jener geworden ist, die sich das Jahres 1945 nicht schämen. Wir haben es übernommen, aus auch der Jahre 1934 bis 1938 als die Epoche der Abwehr gegen den übermächtigen Feind zu bekennen. Ja, noch mehr: Wir pflegen die Tradition dieser Zeit, die nicht zuletzt ihren Ausdruck fand in der „Vaterländischen Front“. Nicht die Organisation, aber die Idee einer solchen Vaterländischen Front haben wir heute atziger dran je.

Wir stehen nicht nur in der Vergangenheit. Wir sehen sehr mutvoll in die Zukunft. Uns erwarten Aufgaben, die weit den Rahmen einer Interessenvertretung sprengen. Wir haben überall da zu sein, wo Engstirnigkeit, Neugierigkeit oder Feigheit unser mühsam aufgebautes Werk bedrohen. Wir sind Wächter und Kämpfer zugleich.

Wir wollen auch ein neues Ethos in die Politik bringen. Unsere Kritik als der Demokratie ist positiv. Wir wollen, daß das Parlament wirklich Volksvertretung und keinen Diskutierklub darstellt. Wir

fordern von unseren Mandatären Volksverbundenheit und Kampfbereitschaft. Wir sind leidenschaftliche Antimarkisten, doch klag genug, daß wir in Zeiten, wie den unseren, die Koalition mit den Sozialisten bejahen. Wir stehen zu unseren Grundätzen und halten den Solidarisismus für kein Schlagwort, sondern für eine Idee, die wir, ohne sie so auszusprechen oder zu benennen, durch die Gefährnisse und KZ getragen haben. Wir sind auch Kameraden, auch jenen gegenüber, die in schwerster Stunde unseres Vaterlandes mit uns die Zelle und das Brot geteilt haben. Allerdings trennen uns dort unbarmherzige Wege, wo man von uns weltanschauliche oder politische Konzessionen verlangt.

So ist unser Programm, unser Wollen, unsere Aufgabe!

Darum: ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten! Hinussgewachsen über eine Interessenvertretung, ist sie heute eine Kampforganisation und gleichzeitig der Sprecher für jene hunderttausende Österreicher, die kein Zurück mehr wollen, denen Anschluß und Deutschland in bläher Erinnerung sind, die weder Kommunismus noch Kapitalismus wollen, sondern ein friedfertiges, ein arbeitsreiches und ein glückliches Vaterland Österreich, alle jene, die nicht diskutieren, ob Österreich eine Nation wird oder nicht, weil ihnen die zur Überzeugung wurde und ihre Gesinnung bestimmt!

Darum: ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten! Um sie seheren wir uns enger, ihre Falsche halten wir fest und mutig gehen wir in die Zukunft als die Träger des Willens breiterer Schichten unseres Volkes!

Franz Kittel:

Österreich und Deutschland

Außenminister Dr. Karl Gruber war in Bonn. Ein willkommener Anlaß für viele in Österreich, wieder einmal davon zu reden, welche Stünden Österreich in den Jahren nach 1945 gegenüber dem „deutschen Bruder“ beugungen hatte. Manche erwarteten, daß Gruber mit seiner Begleitung wie reuige Sünder in Bonn erscheinen würden, um dort ihre Reue über die Vergehen der österreichischen Politiker zum Ausdruck zu bringen und Weisung zu empfangen. Doch mit Recht schrieb die „Furche“, Bonn ist nicht Bekehrungsland, und manches hat sich in Deutschland wie in Österreich doch in den letzten Jahrzehnten verändert.

Niemand wird bestreiten, daß das Deutschland Adenauers gerade uns nicht unsympathisch ist. Wir wissen, daß in der deutschen Bundesregierung Kameraden sitzen, die mit uns gemeinsames Leid in den deutschen Konzentrationslagern geteilt haben. Wir wissen, daß das andere Deutschland heute an der Macht ist und oft sehr energisch jene in die Schranken weist, die glauben, eine Hülfermissionen vorbereiten zu können. Wir wissen letzten Endes, daß beide Staaten auch schwer um ihre Souveränität zu kämpfen haben, gleichzeitig aber auch beide Völker innerlich jene moralische Souveränität besitzen, die manchmal die anderen, die sich als Sieger fühlen, beschämend maß.

Das sind ohne Zweifel Gemeinsamkeiten, die dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland wieder normal zu gestalten. Es sind aber, und das sei besonders unterstrichen, in Bonn die Stimmungen zweier gleichberechtigter Völker zusammenzukommen, es war ein Besuch der Vertreter der österreichischen Bundesrepublik bei der deutschen und nicht der deutscher Stammesangehöriger im Mutterland.

Man möge es denken, wie man will, Österreich ist eine Nation und stellt im kommenden neuen Europa ein Glied dar wie jedes andere europäische Land. Niemand verfolgt mehr die verwerflichen Ausräumungen Deutschlands um seine Einheit, wie gerade wir, Niemand beobachtet aber auch mehr wie wir jede Entwicklung, die zu neuen Anschlußideologien und Tendenzen führen könnten. Es wird dem Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland kein guter Dienst erwiesen, wenn hüllos und dröhnen der rot-weiß-rotten Grenzpläne immer wieder Stimmen laut werden von der gemeinsamen Sprache, vom gemeinsamen Blut u. dgl. m. Nur in einer vollkommen gereinigten und klargestellten Atmosphäre der nationalen Sicherheit bei-

der Staaten wird auch das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland ein gutnachbarliches und freundschaftliches sein.

Wir haben es daher mit Bedauern festgestellt, daß ein Teil der österreichischen Presse geradezu schweigende im „Gemeinsamen“. Mit Entschiedenheit notieren wir es, daß ein österreichischer Nationalist, nämlich der seitdem bekannte Herr Reimann, sich nicht entblödete, in der „Neuen Front“ zu schreiben:

„Nur um der Alliierten willen müssen wir betonen, daß das neue Verhältnis (zwischen Deutschland und Österreich, D. Red.) kein Anschluß sein kann.“

Niemals kann ein neues Verhältnis

zwischen Österreich und Deutschland ein Anschluß sein, nicht um der Alliierten willen, sondern um unseres eigenen Vaterlandes willen, das wir für alle Zukunft frei und unabhängig wissen wollen. Die Aufgabe Österreichs liegt im Donauraum. Daraus können gewisse Vorhänge nicht ändern. Und wir sind überzeugt, daß Österreich diese Rolle wieder übernehmen wird. Niemand wieder Anschluß — aber jederzeit Freundschaft mit dem deutschen Nachbar. Allein dieser Grundatz wird zum Wohle beider Staaten führen. Alle anderen Fragen werden sich regeln lassen. Allein unsere Selbständigkeit werden wir verteidigen, von wem immer sie bedroht werden sollte.

Vom „Montag“ und „Samstag“

In Wien und Graz erscheint eine sogenannte „unparteiische Wochenzeitung“: „Samstag“. Der schöne und wünschenswerte Untertitel „Unparteiische Wochenzeitung“ wird, wie meist, auch in diesem Falle irreführend verwendet, denn der Wiener bzw. Grazer „Samstag“ ist ein Blatt, das vor allem der Kritik an Österreich gewidmet ist.

In seiner Nummer vom 23. Mai widmet er sich nun u. a. den ehemals minderbelasteten Beamten. Gerade wir ehemals von den Nazi verfolgten Beamten sind jeder Rücksicht und jeder Diskriminierung stets entgegengetreten, weil wir ja eben die Bestialität solcher Verfahren an eigenen Leib erlebt haben. Um so mehr muß Protest erhoben werden, wenn der „Samstag“ schreibt: „Der ungebührliche Widerstand gegen die Wiedergutmachung an den Minderbelasteten stammt von denen, denen das Unrecht von 1945 Vorrecht gebracht hat.“

1945 sind jene Beamten, die von den Nationalsozialisten in herzlichster Weise und oft ohne jeden Grochen Unterstützung entlassen wurden, wieder eingestellt worden. Es handelt sich bei ihnen meist um Beamte, die viele Jahre oder Jahrzehnte treuen Dienstes hinter sich haben. Wo haben diese nun Vorrechte erhalten und warum sollen diese sich vor Leuten fürchten, die weniger Dienstjahre, weniger Erfahrung, weniger Kenntnisse haben?

Wir sind der Meinung, daß der Schleier des Vergessens über diese ganze unglückselige Zeit gehoben werden soll. Wir sind weiters der Meinung, daß alle, die sich zum Staate Österreich und zur Fahne Rot-weiß-rot bekennen, gleich behandelt wer-

den sollen. Wenn aber von gewisser Seite, da der auch der „Samstag“ gehört, die ganze Sache so dargestellt wird, als ob jene Beamten, die nicht Nationalsozialisten waren, schlechteren Ranges sind, so muß eine solche Oberblichkeit aufs schärfste zurückgewiesen und diesen Kreisen in Erinnerung gebracht werden, daß sie an allerwenigsten Grund haben, den Mund, der bei ihnen ja ohnehin abnorm groß ist, alles voll zu stecken.

So weit ein Brief aus Beamtenkreisen.

Wir haben uns wiederholt mit den beiden berichtigten Blättern befaßt. Allein der Umstand, daß der Herausgeber und Chefredakteur selbst mehrere Jahre im KZ verbracht hatte, hinderte uns, schärfere Angriffe gegen die beiden Blätter zu führen. Aus diesem Anlaß hat auch der geschäftsführende Bundesmann der Kameradschaft, Hans Leinkauf, bereits vor längerer Zeit dem Herausgeber dieser Zeitungen ein Schreiben übersandt, in der Hoffnung, daß Herr Vancura die Kameradschaft als gemeinsamer politischer Verdolger noch immer höher steht als das Bulletin am Leser. Dieses Schreiben blieb unbeantwortet.

Wir haben uns keinerlei Hemmungen, das festzustellen, was jeder Beobachter dieser Blätter bemerkt, daß es sich beim „Montag“ wie beim „Samstag“ um zwei ganz able Presseerzeugnisse handelt, die der Wiener Journalistik absolut nicht zur Ehre gereichen. Man ist in den Redaktionen dieser Zeitungen geradezu bemüht, ständig gegen Österreich zu schreiben, und schreit vor offenen Beleidigungen unseres Vaterlandes nicht zurück.

Wir befassen uns heute das letzte Mal mit diesen Schmelzblättern und bedauern zutiefst, daß ein KZler sich selbst so entwürdigt. Für uns hat Herr Vasquez seine

Anspruch, als Kamerad gewertet zu werden, verloren. Unsere Freunde werden danach handeln und diese Blätter in Hin-kunft meiden!

Elternrecht oder Staatsallmacht

Wiederholt war in politischen Diskussionen der Öffentlichkeit, aber auch im Parlament die Rede vom Elternrecht, jenem Recht, das in erster Linie die Eltern be-fugt, die Erziehungsform ihrer Kinder zu bestimmen; also für christliche Kinder Schulen ihres Bekenntnisses, wenn es die Eltern so verlangen. Diese selbstverständliche und wahrhaft voraussetzungslose Forderung traf nicht überall auf Verständnis. Man gab vor, wie stark sich aus der Erfüllung des Elternrechtes ergebende Stützung des kirchlichen Einflusses Angst zu haben, und bejahte unlogisch genug gleichzeitig die ohnehin schon übermächtige Gewalt des Staates.

Man kann diese dem Elternrecht gegenüber so unverständliche Haltung kaum anders als einen bedauerenswerten Mangel an Toleranz bezeichnen: man will Rechte, die man für sich in Anspruch nimmt, anderen Mitbürgern verweigern. Weil aber Mangel an Toleranz ein schwerer Fehler der Demokratie ist — denn diese verlangt ja gegenseitige Achtung und gegenseitige Entgegenkommen —, muß im Inter-

esse aller dringend geholt werden, daß in der Frage des Elternrechtes eine Wandelung zum Besseren eintritt.

Auch auf die außenpolitische Seite des Problems, die bisher fast stets übersehen wurde, muß klar und deutlich hingewiesen werden. Wir dürfen im Inland nicht vergessen, was wir im Ausland begehren. Bestreiten wir im Inland das Elternrecht, die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, so verlieren wir die sittliche Grundlage, von der aus wir fordern können, daß etwa unsere braven Südtiroler Kinder nach dem Willen ihrer Eltern und nicht nach dem des italienischen Staates erzogen werden.

Elternrecht oder Allgewalt des Staates, das ist innen- wie außenpolitisch die Frage. Der Kampf für das Elternrecht kann nicht zwingend geführt werden; entweder man tritt für das Eltern- als Naturrecht ein oder für die Staatsall-gewalt mit all ihren Konsequenzen. Die Antwort sollte jedem Einsichtigen nicht schwer fallen.

B. P.

Gegen alles Totalitäre!

Julius Deutsch, der ehemalige sozial-demokratische Abgeordnete, Schutzbonifidärer und General im spanischen Bürgerkrieg, in einem langen Leben aber glänzend und gerecht, hat im Weg-Vorlag Buch über „Wesen und Wandlung der Diktaturen“ veröffentlicht, das wir, wenn wir auch in vielen Einzelheiten anderer Meinung sind, unseren Lesern empfehlen.

Wir bringen nachstehend einige Zitate: „Die Probleme der Demokratie in der Arbeiterbewegung erschließen sich indes nicht in dem Verhältnis von Mehrheit und Minderheit zueinander. Von großer Bedeutung ist die Rolle des Apparats. Je mehr sich die Bewegung ausdehnt, um so unlässiger wird in der Arbeiterpartei und in der Gewerkschaft der Kreis der Funktionäre.“

Wie jeder bürokratische Apparat, hat auch der der Arbeiterbewegung die Tendenz, ein Eigenleben zu führen. Er wird im Laufe der Zeit immer einflussreicher, mächtiger — und entfremdet sich im gleichen Maß den Mitgliedern. Diese Entfremdung ist sowohl eine politische wie eine soziale. In jeder Massenbewegung besteht die Gefahr, daß sich nicht nur in politischer, sondern auch in sozialer Hin-

sicht privilegierte Gruppen bilden. Das ist ein Prozeß, der sich in der zur Macht gelangten Diktatur im Großen vollzieht, der sich aber bereits in der Partei — in kleinstem Maßstab natürlich — vollbildet.

Die Auslese der Mandatäre und Partei-beamten hängt viel mehr vom Zufall ab, als man glauben sollte. Ein guter Redner setzt sich durch, auch wenn er nicht gerade sehr sachkundig ist. Freundschaftliche Beziehungen zu einflussreichen Personen spielen eine Rolle. Und schließlich: der Apparat, besser gesagt, derjenige, der ihn zu handhaben weiß, spricht zumeist das entscheidende Wort. Daß es dabei nicht immer saftig zugeht, ist fast unvermeidlich. Sympathien und Antipathien wirken mit. Aus freundschaftlichen Zirkeln werden Cliquen, die den Freund Erbittert und den Gegner bekämpfen. Die Opposition wird aus die Wand gedrückt, ihre Wort-führer werden kaltgestellt. Es hat sich in der Bewegung trotz ihrer demokratischen Ziele die Herrschaft einer Gruppe oder maximal einer die eines einzelnen etabliert.“

„Davon aber, daß eine eigene Meinung innerhalb einer Organisation geltend gemacht werden kann, hängt ungemein viel ab. Die Bekämpfung des Totalitarismus

muß, wenn sie wirksam sein soll, schon in einem sehr frühen Stadium seiner Entwicklung beginnen. Die Verfechter der Demokratie dürfen nicht warten, bis die Diktatur den Staat beherrscht, sondern müssen schon in den politischen Organisationen der totalitären Geisteshaltung und Praxis entgegenzutreten.“

„Dem aufmerksamen Beobachter kann es nicht entgehen, daß die Methoden der Diktatur nicht erst im Staat zur Anwendung kommen, sondern schon vorher in den Parteien. Das geschieht im großen wie im kleinen.“

Julius Deutsch bezieht sich in den oben angeführten Problemen verständlicherweise vor allem auf die Verhältnisse in der Sozialistischen Partei, aber es wäre Pharisäertum, dessen gerade die ehemals politische Verfolgten nicht fähig sind, zu verkennen, daß ähnliche Gefahren: diktatorisches Überhandnehmen der Herrschaft des Apparates — auch in anderen Parteien bestehend. Dagegen schon in den Anfangsgründen energisch aufzutreten, ist eine wahrhaft demokratische Pflicht.

— d — r —

Keine Demokratie der „A-dabei“

Es ist schon vor dem Kriege und in verstärktem Maße jetzt eingedrungen, daß bei Kandidatungen der verschiedensten Art gewählte und beamtete Vertreter der Demokratie — Minister, Nationalräte, hohe Beamte — mehr oder minder saftig eingeleitet werden. Das ist zu beklagen, wo es sich um bedeutsamere Ereignisse handelt; das wird aber entwertet, wenn auch bei den geringsten Anlässen Minister, Nationalräte, Bundesräte usw. bemüht werden. Das führt weiters auch zu einer Belastung für die gegangenen Funktionäre und kostet Zeit, die besser angewandt werden könnte. Die Zuschauer und Besucher aber, die meist sehr strenge Kritiker sind, finden nur allzu leicht, daß die Arbeit der politischen oder beamteten Vertreter vor allem im Bereich von Veranstaltungen besteht, was unwise ist und dem demokratischen Bewußtsein, das erst verankert werden muß, empfindlich schadet.

Wir politisch Verfolgte meinen daher, daß es gut wäre, unsere Funktionäre nur bei wirklich wichtigen Anlässen mit Einladungen zu bedenken, also wo es um wichtige Fragen oder um ein öffentliches Eckansehen geht. Die „Gehaltsbehaber“, die überall dabei sein und glänzen wollen, müßten solcherart einige Gelbeschneide, „benekt!“ zu werden, verlieren. Die über-große Zahl unserer schwer arbeitenden Mandatäre und leitenden Beamten aber werden erleichtert aufpassen. Die Demokratie wird an Achtung gewinnen.

Durch das Mikroskop betrachtet

„Der Nationalismus scheint für die meisten Menschen eine Notwendigkeit zu sein, aber es ist hoch an der Zeit, daß es endlich auch einen Staat gibt, in dem die Bürger nicht allein durch Landesgrenzen und gemeinsame Sprache zusammengehalten werden, sondern durch die Denkart und Taten leben können wie sie wollen.“

Gustav Meyrink

Osterreicher bleiben deutsche Staatsbürger

... so verfügte das Oberverwaltungsgericht Berlin im Jahre 1933, acht Jahre nach Kriegsende. Es setzte damit eine Tat, die aufhorchen läßt, und von deren Auswirkungen sich nur wenige Menschen einen richtigen Begriff machen werden, die aber unbekannt sind und zu einem Rechtschaos führen können. Die Begründung des Urteils ruht auf verschiedenen Gründen recht eigenartig an, ist absolut nicht stichhältig, ergibt aber blitzartig die Gedankengänge und die Geisteshaltung der auch heute in Deutschland antirenden Personen auf. Es heißt darin wörtlich: „Osterreicher, die bei der Annexion 1938 durch das „Wiedervereinigungsgesetz“ deutsche Staatsangehörige geworden sind, haben die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch die Aufhebung der Annexion im Jahre 1945 und durch das folgende österreichische Rückbürgerungsgesetz verloren.“

In der mündlichen Urteilbegründung führte der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Degner, aus, die Eingliederung Österreichs in das damalige Deutsche Reich werde zwar heute nicht mehr anerkannt, sie sei aber seinerzeit in den Augen der ausländischen Staaten durchwegs rechtswirksam geworden. Die deutsche Reichsangehörigkeit sei damals rechtswirksam erworben worden.

Staatsrechtlich gelte, daß grundsätzlich jeder Staat die Staatsangehörigkeit nur der Einwohner seines Landes, nicht aber die anderer Länder regeln könne. Die österreichische Regierung habe daher auch 1945 nicht bestimmen können, daß Österreicher die bisherige deutsche Staatsangehörigkeit wieder verlieren.

Unsere Meinung dazu ist — und damit glauben wir für alle Österreicher zu sprechen —, daß, wenn im Jahre 1938 Deutschland das Recht für sich in Anspruch nahm, über die Zugehörigkeit der Bürger eines anderen Landes, also der Österreicher, zu verfügen, so hatte mit noch größerer Bestimmtheit 1945 Österreich das Recht, Österreichern wieder die

österreichische Staatsbürgerschaft auszusprechen. Wenn ein Staat die Staatsbürgerschaft nur für seine Einwohner bestimmen darf, — was wohl wirklich richtig ist —, dann konnte auch die deutsche Regierung 1938 keinem Österreicher die österreichische Staatsbürgerschaft abkneifen.

Für die in Deutschland wohnenden und beschäftigten Österreicher mag das Urteil sicherlich einen Vorteil in materieller Hinsicht bedeuten, man möge aber dabei nie vergessen, daß jede eventuelle zusätzliche Staatsbürgerschaft auch eine — mitunter schwere — Verpflichtung mit sich bringt. Man denke dabei z. B. nur an die Militärdienstpflicht und alle anderen Gesetzespflichten, die zu gewissen Zeiten in krassem Gegensatz zu den Gesetzen des eigenen Vaterlandes stehen können und stehen müssen, wenn die Staatsinteressen und Staatssicherheitsangelegenheiten grundsätzlich vordringender sind. In diesen Zusammenhängen wäre vor Schaffung der geplanten europäischen Staatenföderation eine Klärung dieser sich oftmals überschneidenden und in sich verstellenden, verzerrten Gesetze, wenn die Rechte und Pflichten der Staatsangehörigkeit zählen, von großer Bedeutung. Daß das wirtschaftliche Moment bei fast allen politischen Ereignissen — und so auch bei der Besetzung Österreichs im Jahre 1938 — das Hauptmerkmal und die Ursache war, müssen wir in Zukunft gerade diesem Kardinalproblem mehr Augenmerk schenken als bisher. Die Quellen vieler Übel liegen in der Not und der Sorge des einzelnen um seine und seiner Familie Existenz. Der Staat, die Regierung, die bzw. der diese sichert, kann meistens der Anhänglichkeit und Treue gewiß sein.

Wir werden nächsten in einem grundsätzlichen Artikel auf all diese Probleme mit besonderer Berücksichtigung des österreichisch-deutschen Verhältnisses zurückkommen und einmal ganz offen und ehrlich das sagen, was den einfachen, anständigen, nicht durch teilweise sogar konstruierte Geschichtsbearbeitungen und Auffassungen verhäuteten Menschen — auf den es ja im wesentlichen ankommt — in erster Linie interessiert und bewegt, gleichgültig, ob es dem oder jenem recht ist, und selbst dann, wenn wir uns selbst einmal durch die Loge betrachten müssen und uns nicht in allen Belangen so finden werden, wie wir uns selbst gerne sehen möchten.

Es muß doch Frieden werden!

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so scheint sich in der Weltpolitik der Frieden — wenn auch langsam und vorich-

tig — anzubahnen. Korea, Laos und andere neurasische und südkoreanische gefährdete Punkte dieser Erde landen oder sollen in naher Zukunft Ruhe und Frieden finden. In Österreich wurde von den Russen die Kontrolle an der Demarkationslinie abgekauft, die als deutsches Eigentum beschlagnahmten Grundlössen des zu schaffenden Kraftwerkes Yhsa-Personburg Österreich zum weiteren Ausbau zur Verfügung gestellt, ein ziviler Hochkommissar ernannt, Kriegs- und Zivilgefangene österreichischer Staatsbürgerschaft amnestiert, die Verfügungsgewalt der Polizeidirektion wiederhergestellt usw., Tatsachen, die auf eine Stimmänderung der Herrschenden in Moskau schließen lassen. Wenn uns bisher der Staatsvertrag als Ausdruck unserer endlich erlangten und mit Recht schärflich erwarteten und schon längst billigen, vollkommenen Freiheit nicht gegeben wurde, so sind wir ja schon mit diesem stufenweisen Abbau der Beschränkungen unserer souveränen Hoheitsrechte zufrieden. Wenn sich auch in diese Freudenstimmung das und dort Bedenken über die Ehrlichkeit dieser Handlungen mischen und sorgenvoll gefragt wird: „Wer weiß, was da wirklich dahintersteckt!“, so wollen wir ihnen doch Vertrauen entgegenbringen und in das ehrliche Wollen der Russen glauben, da es ohne Vertrauen und Glauben weder Frieden noch Fortschritt, noch Wohlstand geben kann. Eine neuerliche Enttuschung würde verheerend für den Begriff von Ehre, Recht und Freiheit sein — und schließlich muß es doch einmal wieder wieder Frieden und Ordnung geben.

ÖSTERREICHISCHER KULTURVERLAG
Sulzborg, Bergstraße 16

Kulturgeschichte
Österreichs
in Kulturbildern

Von Professor Ludwig Reiter

280 Seiten, Format 21,5 x 15 cm, Drei-
bändiger Schutzumschlag

Preis: 48.— 5 Halbbände,
38.— 5 Pappband

Österreichischer Patriotismus

Österreich hat — so scheint es, wenn man die Zeitungen liest und die Leute reden hört — recht wenig Patrioten, ja der Bezeichnung selbst haftet irgendeine leise Herabsetzung an. Das wäre ein höchst ungesunder, ja gefährlicher Zustand, der die Patrioten erschüttern und hoffungslos machen müßte, wenn, ja wenn er wahr wäre. Er ist nämlich nicht wahr und damit verhält es sich aus so: Generationen von uns wurden nicht zur Achtung auf und vor Österreich erzogen. Lehrer und Lehrbücher schielten über die Grenze und das völkische „es ist nicht weit her“ hat nirgends so traurige Erfüllung gefunden wie hier bei uns, wo eigene Werte ungeachtet blieben. So sind die vielen „Nicht-Patrioten“ oft gerade solche, die eine unglückliche Liebe zu Österreich haben, eine unglückliche, weil sie gar nichts wissen von den Größen, Güten und Schönen in der Geschichte dieses Landes, von der Begabung und den Aufgaben seiner Bewohner und so ließe das in ihnen liegende Gefühl des Verherrlichens kein Objekt außer ein außerhalb Österreichs liegendes finden.

Wir von der „Kameradschaft ehemals politisch Verfolgter“ meinen, daß es eine schlechte patriotische Haltung bedeuten würde, unsere Landleute nach Kennzeichen der Tagespolitik in gute oder schlechte Österreicher zu teilen. Wir meinen vielmehr, daß wir durch eine leidenschaftslos angelegte und durch Klärung der bewegenden Begriffe am besten dazu beitragen könnten, aus dem Wirrwort der Tagesmeinung und einer verhetzten ich-süchtigen Politik herauszukommen auf eine Ebene, auf der wir uns bei aller Verschiedenheit der Meinungen in der Liebe zur gemeinsamen Heimat, in einem klaren Patriotismus finden.

Gerade die Presse — und sonstige Kommentare seitlich des kürzlich erfolgten Staatsbesuches unseres Außenministers in Bonn haben zündend die Notwendigkeit des vorhin Gesagten erwiesen. Mit den ältesten, den fabelschon, oft auch mit den vielfachsten Argumenten wurde gearbeitet: da wurden Gegensätze zwischen der Kanzlerschaft Figls und Raab konstruiert, da wurde die nationaldeutsche Waise nach ältester Melodie abgespielt, da wurde — sichtlich mit Hilfe von Hintermännern kirchenkundlich — der österreichische Ministerbesuch in schon sehr wenig vornehmer Weise glossiert und persifliert. Alles in allem ein beschämendes Bild von Würdelosigkeit, Unkenntnis und politischer Inaktivität.

Die immer wieder verwendeten Parolen von pro- und antinationalistisch sind Parolen

von gestern. Für sie gilt, daß man die Toten die Toten begraben lassen soll. Der nationalsozialistische und der sozialistisch-nationalistische Traum ist ausgestorben. Natürlich denken viele daran, daß sie als Sieger am Armeekanal, in Afrika und am Olymp standen. Aber noch viel mehr, wir alle denken daran, daß zweimal in einer Generation der Krieg mit Zerstörung, Elend und Tod gesendet hat! Nur Verbrecher und Wahnsinnige könnten solches Geschehen vergessen und das „Spiel von deutschem (und österreichischem) Bettelmann“ nochmals beginnen. Mit Recht sagt Ernst Gether in der Schriftreihe der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 (Vorwerk-Verlag, Stuttgart): „Es ist wichtig, sich zu erinnern: der nationale Kollaps war total“. Man kann den Nationalismus (der ebenso abgewirtschaftet hat wie der Materialismus) galvanisieren, ihm ein zukünftiges Scheitern geben, aber niemals mehr zu wirklichem Leben erwecken.

Schon deshalb — es ist dies nicht einmal der wichtigste Grund — lobten wir jede Extremlösung auch die nationalistiche ab. Wir sind keinesfalls geneigt, auf dem Umweg über die Wirtschaft unsere Seele zu verkaufen. Wenn das überhaupt bedacht wird, sind auch die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit anderen Gründen nicht in Frage; sie widerspricht befreit. Die nationalistiche Lösung kommt für Österreich aber auch aus anderen Gründen nicht in Frage; sie widerspricht seinem Wesen, sie widerspricht aber auch seiner Art. Kein Zweifel: Österreich gehört zum deutschen Kulturkreis. Wer davon immer hysterisch redet, wer es immer betont, beweist nur, daß er in sich unsicher ist. Der wahre Österreicher tut dies nicht. Dazu kommt, daß italienische, slawische und ungarische Einflüsse auf österreichisches Land und österreichische Menschen durch Jahrhunderte eingewirkt haben und daß eben dadurch der österreichische Typ seine bestimmte Ausprägung erfahren hat. Ihre Ausprägung, die ihn zum Mittler zwischen West und Ost bestimmt, damit aber auch zum Mittler zu einem neuen Europa, das nicht aus der Zusammenfügung überlebter Nationalismen gebaut wird, sondern nur auf der Basis eines neuen Menschheitsprogramms, das weder westlich-kapitalistisch noch östlich-kollektivistisch gefärbt ist. Diese Aufgabe im Politischen, Kulturellen und Sozialen durchzuführen ist die echte und dringende Aufgabe der Europa-Werbung und ein Beispiel dafür ist Österreichs Leistung und Geschichte!

Diese große Aufgabe liegt uns Österreichern im Blut, aber sie ist uns nicht

bewußt gemacht worden. Groß wie sie ist, sollte sie Dichter begeistern, sollte in unseren Schulen gelehrt werden. Daraufhin müßten sich alle unsere Anstrengungen richten und alle Parteien müßten über ihr esgen, nach billigen Erfolgen jagendes Gezänk hinaus diese Linie der Europa-Erziehung verfolgen. Das wäre auf Dauer gesehen die beste Realpolitik, weil sie die Zukunft des Ganzen sichern würde. Gebrauche niemand den Einwand, daß wir für eine so große Aufgabe ein zu kleines Staat wären. Ob für Gütes oder für Böses, immer ging Anstoß und Bewegung von einer kleinen begeisterten Minderheit aus! In einer Welt, zerfällt und zerfallen wie die heutige, kann nichts wirklich Gutes und gerade die Völker und Staaten, die sich stark dünken, sind durch jegliches Mißtrauen gekümmert als das wehrlose Österreich, das über keinerlei Machtaspirationen wohl aber über die Erfahrung einer jahrhundertlichen Völkerverzahnung verfügt.

Gelingt die europäische Aufgabe, zu der wir ein entscheidend Teil beizutragen haben, so entsteht ein Block christlich-abend-ländlich geformter Europäer von mindest 300 Millionen, der der feste archimedische Punkt wäre, von dem aus die Welt nicht aus den Angels gehoben, sondern in Ordnung gebracht werden würde. Versteh man, daß solche Zukunftsaussicht gerade uns Opfer der politischen Verfolgung interessiert und begeistern muß! Versteh!

Alles
für
Österreich!

man nun, daß wir über Grenzen und Gräber früherer Gegner die Hand geben wollen, um mit ihnen gemeinsam an so großes Werk zu treten, allen Hader hinter uns lassend? Und versteht man, warum wir eingangs sagten, wir glauben nicht an die unpatriotische Haltung, der wir so oft begegnen, wir glauben vielmehr, sie als irrgestimmte Liebe zu Österreich bezeichnen zu dürfen? Wir werden daher nicht müde werden, alle aufzurufen, mit uns so zum Morgen vorzudringen, wo Mensch wieder Mensch sein kann und alle alte Bitternis und alles alte Leid im Neuen versöhnd verschmilzt.

Hr. Raimund Podkar.

Waren die Sixtusbriefe Kaiser Karls Verrat an Deutschland?*)

Osterreich-Ungarn hatte im Kampf mit dem russischen Riesen die Hauptlast getragen. Nach einem dreijährigen beispiellosen Aderlaß an vier ostpreussischen Fronten schien der Habsburgerstaat 1917 trotz des Waffenstillstandes in Süd und Nord der Erschöpfung nahe. Es ist das historische Verdienst des Kaisers Karl, dem Menschenkenntnis sooft zu maasseln schien, diesen Zustand klar erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen zu haben. Kaiser Karl erkannte, daß der uneingeschränkte U-Bootangriff Deutschlands den Krieg nicht entscheiden werde. Schon am 14. Februar 1917 erklärte er: „Wir werden den Krieg verlieren, wir müssen ihn verlieren, wenn Amerika in den Krieg eingreift.“

Solange der Gegner über das Gelingen der gefährdeten deutschen U-Bootoffensive noch im Unklaren war, suchte auch er mit einem Verständigungsfrieden liebäugeln. Diese Gelegenheit ergriff nun Kaiser Karl und die Weltgeschichte wird ihm noch Kränze winden für diese Tat, die die deutsche Historik besudelt.

Da die militärische Leitung Deutschlands, trotz des Eingreifens Amerikas, noch an einen Sieg glaubte, versuchte aus Kaiser Karl zunächst noch ohne Mitwissen Berlins den Boden zu einem Verständigungsfrieden zu ebnen, der auch Deutschland möglich sei, das nicht nur an Elsaß-Lothringen, sondern auch an der Assenation Belgiens darzuit festhielt. (Von einem Separatfriedensangebot hinter dem Rücken Deutschlands war trotz der schlechteren Lage Osterreichs keine Rede.)

Um auch einen der Entente gemessenen Vertrauensmann zu gewinnen, berief der Kaiser den Prinzen Sixtus, den der Kaiser am 23. März 1917 mit den Worten empfing: „Es muß unbedingt Frieden gemacht werden, Ich will es um jeden Preis.“ Bezüglich Deutschlands sagte der Monarch, daß dort in den maßgebenden Kreisen nicht einmal der Gedanke an einen anderen Frieden als einem „Siegfrieden“ bestesse. Das sei Dogma. Als Verlobdeter sei es seine Pflicht, alles aufzubieten, um die Deutschen für einen gerechten Frieden zu gewinnen.

Sollte dies nicht gelingen, sollte sich Deutschland unbedingt weigern, versüßelt handelte zu wollen, so werde er den Frieden allein machen, da er die Monarchie nicht dem Wahnsinn des Nachbarn opfern könne.

Indessen wußte der deutsche Reichskanzler von Friedensab-

sprechungen Osterreichs mit Frankreich. Eine Woche vor Empfang des Prinzen Sixtus teilte Graf Czernin offiziell mit, daß er „Gelegenheit zu nicht aussichtslosen Friedensgesprächen mit Frankreich zu haben glaube“. Am 26. März fand eine dienstbesitzige Konferenz zwischen Bethmann und Czernin statt.

Am 27. März 1917 fand in Berlin eine zweite Konferenz statt, bei der auch die Abtretung allerdings nur eines Teiles von Elsaß und die Wiederherstellung Belgiens (das 1871 bis 1797 österreichisch war) zur Sprache kam. Die Herausgabe dieser Teile hat Reichskanzler Bethmann auch tatsächlich dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Czernin, zugesagt. Freilich strenggeheim.

Erst vier Tage später, am 31. März, überreichte Prinz Sixtus dem Präsidenten der französischen Republik den Kaiserbrief. Als Lloyd George davon hörte, rief er: „Das ist der Friede!“ So Kriegsmüde war man damals auch in Frankreich. Um Kaiser Wilhelm für den Frieden um den Preis der Abtretung Elsaß-Lothringens zu gewinnen, reiste Kaiser Karl am 3. April zu Kaiser Wilhelm. Osterreich wolle zugunsten Deutschlands das östliche Galizien an Polen abtreten. Dieses aber solle Deutschland angegliedert werden! Aber die deutsche Diplomatie lehnte sowohl dieses als auch den zweiten Versuch am 12. April ab. Diese Kaiserreise vom 3. April nach Hamburg wurde aber in Paris in der üblichsten Weise geduldet. Und es erfolgte am 22. April die Ablehnung des österreichischen Vorschlages zum europäischen Frieden.

Inzwischen hatte sich das Blatt gewendet. Das Versagen des deutschen U-Boot-Krieges wurde immer offensichtlicher, die Kraftentfaltung Amerikas immer drosender. So entschloß sich denn Kaiser Karl zu seinem zweiten Kaiserbrief; damit trat der Monarch der Möglichkeit einen Schritt näher, wenigstens für Osterreich jenen Frieden zu gewinnen, für den das maßgebende Deutschland, das ihn in seinem Siegeswahn im Stiche ließ, nicht zu haben war. Das von Czernin beigelegte Memoire war absolut deutsch. Nach der zweiwöchigen Zurückweisung, die sich der Kaiser von Berlin geholt, erklärte er am Vorlag der Überreichung des zweiten Briefes an Prinz Sixtus: „Wenn Deutschland fortfährt, unsere vorzunehmenden Ratschläge nicht hören zu wollen, werden wir den Frieden ohne Deutschland machen. Denn dies ist unser Recht und unsere Pflicht...“

Das dem Brief von Minister Czernin beigelegte „Aide memoire“ vom 9. Mai 1917 fordert in Punkt 3, daß eine definitive Antwort (auf die Vorschläge der Entente) erst nach Beantwortung der vorschwebenden zwei Punkte gegeben werden kann, da Osterreich-Ungarn erst dann mit seinen Alliierten in Besprechungen eintreten kann. Also kein Bündnisbruch. Wie 1795 und 1866 war Preußen und 1915 von Italien. Über diesen zweiten Kaiserbrief schreibt Graf Polzer-Hoditz, der als kaiserlicher Kabinettschef dem Kaiser nachstand, in seinem brillanten Werk über Kaiser Karl: „Prinz Sixtus wollte von Kaiser Karl die sofortige bindige Bereiterklärung zum Separatfrieden mit der Entente erreichen, also ohne vorher mit Deutschland gesprochen zu haben. Kaiser Karl ging auf diesen Vorschlag nicht ein, da seine Absichten andere waren. Er wollte nur die Grundlagen für einen Separatfrieden gewinnen, mit diesen vertreten und Deutschland vor die Alternative stellen: entweder schließt ihr Frieden, unter dessen allein ein Friede mit der Entente möglich ist, oder wir schließen das uns angebotene Separatfrieden ab.“

Wo Meist da der Verrat? Was er tat, war Kaiser Karl seinen erschöpften und nach Frieden lechzenden Völkern, vierzig Millionen Slaven und Ungarn, schuldig! Jede Volkshemmung hätte ihm recht gegeben. Einem Selbstmörder wird niemand folgen, der den Abgrund sieht, in den er taumelt. Wieviel mag damals der fromme Kaiser gebetet haben, um den mit Blindheit geschlagenen Verbündeten für den Frieden zu gewinnen!

Poincaré war der Mann, der sich große Mühe gab, dieses zweite Friedensangebot zu stützen. Aber Ribot zerriß alle Fäden.

Das waren die berichtigten „Sixtusbriefe“ des Kaisers Karl, die Osterreich und Deutschland, ja ganz Europa vor einem Titaneinsatz beinahe gerettet hätten und von denen der Franzose Anatole France schrieb: „Man wird mir nie und nimmer einreden können, daß man den Krieg nicht schon längst hätte ein Ende machen können. Kaiser Karl hat ein Friedensangebot gestellt. Er ist der einzige anständige Mensch, der während des Krieges aufgetaucht ist; aber man hörte nicht auf ihn. Kaiser Karl hat den Frieden aufrichtig herbeigesehnt, und deshalb wird er von der Welt gehaßt.“

Keinen Augenblick aber dachte dieser

*) Siehe Polzer-Hoditz „Kaiser Karl“ (Amalthea-Verlag).

herausgute Monarch daran, Deutschland zu „verraten“. Kein Geringerer als Bismarck hat aus dem Grabe den erschöpften Österreich, das bis ans Ende seiner Kraft mitgegangen war, das Recht zugesprochen, sich vom Bundesgenossen zu trennen, wenn es die Selbst-erhaltung heischt. Bismarck sagte nämlich: „Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großmächten ist eine bedingte, sobald sie in den Kampf um Dasein auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihre Bestehen auf dem Altar der Vertragsstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist, zwischen beiden zu wählen. Das ultra posse nemo obligatur kann durch keine Vertragsklausel außer Kraft gesetzt werden.“

In diesem Sinne hatten schon am 3. Mai

1915 die deutschen Diplomaten Eraberger und Bülow nach Berlin gedröhnet: „Wir müssen uns die Möglichkeit offen halten, im Falle eines Regierungswechsels einen Separatfrieden zuzuschließen.“

Österreich aber fiel an Deutschlands Seite. Leider!

Nach im August 1917 hätte Kaiser Karl den Separatfrieden haben können, ja sogar Bayern und Schlesien für den Fall der Neutralität. Kaiser Karl lehnte ab, da er sich „die Neutralität nicht aus den Taschen seiner Verbündeten zahlen lassen“ könne. Das ist die Wahrheit über den „Deutschenthal“ des Märtyrers von Madeira. Prof. Ludwig Reiter.

Ein Kind wurde geboren . . .

Während das große englische Weltreich sich ausbreitete, seiner lieben jungen Königin die Krone auf das Haupt zu setzen, sah die Gattin des österreichischen Thronfolgers in Deutschland ihre schweren Stunde entgegen. In Würzburg wurde die Enkelin Kaiser Karls, das letzte österreichische Monarchen, geboren, fern der Stätte, an der ihre Verfahren durch Jahrhunderte zum Wohle Österreichs und der Menschheit gewirkt hatten.

Ist es nicht erschütternd und unverstündlich zugleich, daß das Kind der ersten Familie des Landes nicht in seiner Heimat zur Welt kommen darf? Gibt es denn überhaupt eine Befugdung dafür, daß man Otto von Habsburg den Aufenthalt in seiner Heimat verweigert? Muß man nicht geradezu verbittert sein über die drei Dutzend moscheistlichen Vereineren, die keine anderen Sorgen haben als ihres ghettohaften Kleinkind und sich zu keiner gereizten Tat aufraffen können?

Während Österreich achttausenden fremden Menschen aller Länder dauernd Obdach bietet, die Wägen vieler Fremder in Österreich sitzen dürfen, verweigert Österreich den Angehörigen einer ararösterreichischen Familie den Aufenthalt.

So wird das Mädchen von Würzburg zum Symbol einer Gesinnung, die man nicht genug verurteilen kann. Wer glaubt, daß in Österreich die sozialistischen Arbeiter so denken, wie es ihre Führer in dieser Frage vorgehen, irrt! Es ist allein die engstirnige, krämerhafte Politik verschiedener Kreise in der SPD, die mit ihrem „Njet“ jede Lösung in dieser Frage verhindern. Niemand stellt die Frage zur Diskussion: Republik oder Monarchie? Allein um das Menschliche geht es um, um die Tatsache, daß eine Österreicherin nicht in ihrem Land geboren werden darf, ein Österreicherin, deren Name innig verknüpft ist mit der glanzvollsten Zeit der Geschichte ihrer Heimat!

Endlich!
MUCK
VERBLASSLICHER
Gelsenschutz

In Apotheken und
Drogerien erhältlich

Bruno Brehm über „Österreich“

In der Heidelberger Zeitschrift „Gropolik“ läßt sich der satism bekannte Viel- und ein jeden Preis-Schreiber, Bruno Brehm, unter dem 1. Jänner 1953 also vernehmen: „Will man wissen, wie Österreich, mit nationalen Augen gesehen, sich ausmacht, dann lese man das in Hitlers „Mein Kampf“ (!) und in den Erinnerungen von Benesch, Masaryk oder Konrad nach. Gladstone hat als Vertreter der bürgerlichen Mittelklasse Englands die Abneigung des Nationalismus in die bekanntesten Worte zusammengefaßt: Auf der ganzen Welt gibt es nicht einen Fleck, auf den ihr einen Finger legen und sagen könnt: Hier hat Österreich Gutes getan! (Nun lese man das Flamen Conscience „Geschichte Belgiens“ oder selbst die Werke italienischer Chauvinisten über die Verwaltungsleistungen Österreichs in Norditalien, man erinnere sich unserer Aufbaufähigkeit in Bosnien, Bukowina und allen anderen österreichischen Kronländern. Man vergesse zum Beispiel nicht, daß Österreich in Belgrad früher als in Wien eine Akademie der Wissenschaften errichtete, und daß Österreich in Lemberg, sofort nach Erwerbung Galiziens, also im Jahre 1784 eine Universität gründete, während Berlin erst 1810, also 450 Jahre nach Wien, eine Universität bekam!“

Bruno Brehm ist der Meinung: „Deshalb ist es besser, man spricht über die österreichischen Aufgaben in der Zukunft möglichst wenig!“ Brehm schenkt in dieser faulen „Studie“ alle positiven Zitate über Österreich, an denen es wahrlich nicht mangeln würde (man kann sie in Reuters Zitatenswerk „Bekanntnis zu Österreich“, Verlag Lichtner, Wien, nachlesen, über 350), aber er erspart uns die hiesige Welt des Karl Kraus nicht, daß Öster-

reich „die Versuchsanstalt für Weltuntergang“ sei! Innerhalb billigt sogar der Sudetendeutsche Brehm Wien die Mission zu „Westen und Osten nicht ganz auseinanderfallen zu lassen!“ Damit würde er allerdings an ein Grundprinzip Österreichs als geopolitisches „Grundpfeiler der europäischen Gesittung“ (Sven Hedin!) rühren. An Brehms „Bekanntnis zu Österreich“, das so das Wort eines anderen sehr bekannten sudetendeutschen Schriftstellers erinnert: „Ich bin stolz jenem Volk anzugehören, das im westlichen Österreich ist“, schließt sich eine Hymne an Preußens aus der Feder des Osterpeiden Hermann Rauschnig. Sie beginnt mit den Sätzen: „Preußen ist nicht nur ein Staat, Preußen ist eine Idee. (Diese Idee mangelt anscheinend Österreich, es scheint in den Augen dieser deutschländischen Herren ein „Flockerteppich“, wie die Werke des Herrn Brehm.) Die Idee kennt keine Niederlage. Es ist Zeit von der Idee Preußens zu reden, die weder eine Niederlage erlitten hat, noch durch den Irrtum eines vorübergehenden Tages (!) aus der Welt geschafft werden kann.“ In dieser Tonsart gibt es weiter. Wie wandern uns nicht, wenn wir Reisende, die aus Deutschland zurückkehren, von einer alarmierenden Wiedergeburt des Hohenzollern- und Naipolites in allen „Kreisen“ des „erschauenden“ Reiches berichten, und dies unter fremder Mitschuld. Hoff man wirklich Luzifer durch Bekehrung austreiben zu können? Preußen und Europa sind Begriffe, die einander diametral schneiden. In einem aber hat Rauschnig recht, Preußen ist kein Ort, sondern eine Idee, beste in Bonn, Stuttgart, Heidelberg ebenso beheimatet wie in Berlin. Franz Weiserfeld.

ÖVP.-KAMERADSCHAFT

UND BUND ÖSTERREICHISCHER FREIHEITSKÄMPFER

Ehrenring für Lois Weinberger

Zu einer schlichten aber eindrucksvollen Feierstunde versammelte sich der Vorstand der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten im Wiener Rathauskeller, um Minister a. D. Vizebürgermeister Lois Weinberger zu ehren. Der gl. Bundesobmann Hans Leiskauf würdigte in eingehender Weise die Verdienste Weinbergers um die ÖVP und im besonderen um die Gründung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten vor nunmehr fünf Jahren. Weinberger sei durch Bekanntheit, Aufgeschlossenheit und Sinn für Tradition ausgezeichnet und gestelle in den Kreisen der politisch Verfolgten den Ruf eines offenen Bekenners zu seinem KZ-Opfergang.

Nach der Überreichung des goldenen Ehrenrings der ÖVP-Kameradschaft durch Hans Leiskauf dankte Weinberger in be-

wegten Worten und sprach davon, daß die politisch Verfolgten „zur Avantgarde des Vaterlandes und eines humanen Lebens überhaupt“ zählen. Gleichzeitig hob Minister Weinberger hervor, daß in immer stärkerem Maße die verbindende Idee unserer Partei wirksam werden müsse und jede Zersplitterung nur zu Nachteilen für Land und Volk führen müßte.

Im Kreise der Ehrengäste, unter denen sich auch der Präsident des Österreichischen Nationalrates Minister a. D. Dr. Felix Hurdes, der Bundesobmann der Kameradschaft Bundesrat Anton Frisch sowie der Landtagspräsident Mählbauer und seine engeren KZ-Kameraden befanden, verbrachte Weinberger noch einige Stunden des Erinerns und der kameradschaftlichen Aussprache.



Weinberger während seiner Rede

Neben ihm die Bundesobmänner Frisch und Leiskauf!

Aus dem Burgenland

Dank an die burgenländische Landesregierung.

Die burgenländische Landesregierung hat die Beamteneinstellung um ihre politisch verfolgten Beamten, Lehrer und Angestellten voll und ganz ausgezahlt und von der Ratenzahlung Abstand genommen. Dies war nur möglich, weil eine sparsame Verwaltung die Gelder bereitstellen konnte und weil die Landesregierung ein Verständnis für die Not der Betroffenen hatte. So war es möglich, daß die sozial am meisten Betroffenen bereits vor Weihnachten (!) ihre Entschädigung ausgefolgt bekamen. Dafür gebührt der Landesregierung und dem Amte der burgenländischen Landesregierung unser Dank.

Vorstandssitzung.

Am 3. Juni hielt der Landesvorstand unter dem Vorsitz des R.-R. Frisch eine wichtige Vorstandssitzung ab. Nach Erledigung einer Reihe administrativer Angelegenheiten wurden drei wichtige Beschlüsse gefaßt. Für eine Ferienaktion wurden an 20 Kinder je 300 S bewilligt. Circa 2000 S wurden für Nachzügler zurückbehalten. Ferner wurde beschlossen, im Geburtsort des Kameraden Sylvester ein zierliches Denkmal zu errichten, das am 15. Todestage des im KZ. umgekommenen Landeshephtmannes errichtet werden soll. Die vorbereitenden Arbeiten wurden einem Komitee unter der Federführung des Ober-Reg.-Rates Sattler übertragen. Endlich wurde die Aufstellung einer detaillierten Kurzei beschlossen.

Burgenländer Kameraden, Achtung!

Den heutigen „Freiheitskämpfer“ liegen die Erlagscheine zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages für 1953 bei. Der Beitrag beträgt S 12.—. Wir erwarten eine unmittelbare Erledigung der Beitragspflicht.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ und „Bund österreichischer Freiheitskämpfer“, Institut und verantwortlich: Franz Rittig, Alte Wien 2, Fährstraße 3. — Veranschaul. und Auslieferung: Wien VII, Landstraßen 16. — Druck: Typographische Anstalt, Wien VII, Bablgasse 3.

Rat und Hilfe

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend für Rentenbezieher, Opferausweis- und Amtsbeseitigungsträger die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen sowie die Auslegung der Gesetze an Hand von praktischen Beispielen. In unserer Rubrik „Rat und Hilfe“ wird jeder politisch Verfolgte über den Stand seiner Rechte orientiert bzw. wird ihm bei der Erlangung seiner ihm gesetzlich zustehenden Rechte unsere Hilfe zuteil.

Außerdem werden in Hinkunft Briefe, die um Rechtsauskunft in allen, die politisch Verfolgten betreffenden Belangen an die Redaktion ergehen, im „Freiheitskämpfer“ beantwortet.

Vorstandsmitglied Kamerad Franz Kittel, Mitglied der Rentenkommission bei der Landesregierung Wien, steht außerdem jedem Montag von 17 bis 18 Uhr in Wien I, Falkestraße 3, 2 Stock, Zimmer 183, jedem ehemals politisch Verfolgten betreffs Auskunft und Beratung in allen Rentenangelegenheiten zur Verfügung.

Achtung! Geschädigte Beamte!

In Wiederergütungsfragen hält der Obmannstellvertreter der Wiener Kameradschaft, Kam. Insp. Haller-Heimann, jeden Montag von 17 bis 18 Uhr im Sekretariat, Wien I, Falkestraße 3, Zimmer 183, Sprechstunden ab.

Die Haftentschädigung

Wir geben bekannt, daß im Bundesministerium für soziale Verwaltung, Opferbüro-Sprechereferat bis zum 23. Mai d. J., 7060 Akte zur Überprüfung eingelangt waren, davon kamen, nach Ausgabe der Bescheide, zu 2478 Ausstellungen.

Nach wie vor müssen wir an unsere Kameradinnen und Ka-

meraden appellieren, von überflüssigen Interventionen abzusehen, es kommt jeder dran.

Sowohl die Opferbürosreferate bei den einzelnen Landesregierungen, wie auch im Bundesministerium für soziale Verwaltung sind bemüht, rascheste Erledigungen durchzuführen.

Die Ernährungszulage

Nach den Vorschriften über die Ernährungszulage soll sowohl den Rentnern aus der Sozialversicherung als auch den Kriegsoffizern der Bezug einer Ernährungszulage gesichert werden.

Wenn der Rentner zur Ernährungszulage aus der Sozialversicherung bezieht, würde eine Kürzung der Kriegsoffizerrente um den Betrag der Ernährungszulage dem Entzug dieser Ernährungszulage gleichkommen und ist daher gesetzwidrig.

Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 24. September 1952, Zl. 838/51.

N. bezieht aus der Sozialversicherung eine Rente samt Ernährungszulage. Die Ernährungszulage wurde vom Landesinvalidenamt als Einkommen nach § 13 des Kriegsoffiziersversorgungsgesetzes gewertet und die Zusatzrente entsprechend gekürzt. Über die eingebrachte Beschwerde hat der Verwaltungsgerichtshof entschieden, daß der angeführte Bescheid wegen Rechtswidrigkeit aufzuheben ist. Entscheidungsgründe:

„Nach den einheitlichen Richtlinien, die den Vorschriften über die Ernährungs-

zulage zugrunde lagen, sollte jedem Angehörigen einer Anzahl von Personengruppen, zu denen auch die Rentenempfänger aus der Sozialversicherung und die Kriegsoffizier gehörten, der Bezug einer Ernährungszulage gesichert sein. Der Beschwerdeführer bezieht als Rentenempfänger aus der Sozialversicherung eine Ernährungszulage.

Dies hatte den Ausschluß des Anspruches auf eine Ernährungszulage als Kriegsoffizier zur Folge. Wenn damit dem Beschädigten schon die Ernährungszulage aus der Kriegsoffiziersversorgung kraft gesetzlicher Vorschriften entzogen war, dann durfte nicht darüber hinaus auch noch auf dem Umwege über § 13 KOVG ein gleichmäßiges Ergebnis herbeigeführt werden, das einem Entzug der Ernährungszulage aus der Sozialversicherung gleichkam. Dies würde der bei Schaffung der Ernährungszulagen jedes getroffenen Absicht widersprechen, zogen Angehörigen der hier in Betracht kommenden Personengruppen den Bezug einer Ernährungszulage sicherzustellen.“

Betroffene Kameraden mögen sich bei ihren zuständigen OF-Beratern melden.

Unsere Toten

Obert i. R. Oslter-Topfani †

Am 26. April 1953 schloß unser Kameradschaftsmitglied, Obert i. R. Oslter-Topfani nach einem arbeits- und erfolgreichen Leben im Alter von 75 Jahren für immer die Augen. Der Verehrte war ein maitiger Bekannter seiner patriotischen Gesinnung und seiner christlichen Weltanschauung. Schon vor dem ersten Weltkrieg waren Obert Oslter bedeutsame und schwierige Aufgaben in Albanien übertragen worden, über die er selbst in der seinerzeitigen Leo-Gesellschaft unter dem Titel „Als Kösnigacher in Albanien“ der Öffentlichkeit berichtete.

Nach dem ersten Weltkrieg trat Obert Oslter im politischen Leben Kärntens hervor. Er war Landesobmann der damaligen christlichsozialen Partei und durch längere Zeit auch in der Klagenfurter Gemeindevertretung als Stadtrat tätig, in welcher Eigenschaft er sich hervorragende Verdienste um das Fürsorgewesen erwarb. Außerdem gehörte er einige Zeit als Bundesrat der Volksvertretung in Wien an.

Bei der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938 zählte Obert Oslter sofort zu den politisch schwer Verfolgten. Eine stärkere Abweisung der ÖVP-Kameradschaft mit Nationalrat G. Wandler und Obermag.-Rat Dr. Weiß nahm am Begräbnis auf dem Friedhof Klagenfurt-Annschicht teil und legte einen Kranz nieder. Wir werden Obert Oslter-Topfani stets in ehrender Erinnerung behalten. —

Kameraden,

die in der Zeit von November 1938 bis Juni 1940 im KZL Buchenwald waren, werden gebeten zwecks Auskunft ihre Anschrift der Redaktion des „Freiheitskämpfer“ bekanntzugeben.

Dringend!

ÖVP-Kameradschaft, Landesgruppe, Niederösterreich.

Landessekretär Reg.-Rat Kusold ist vom 7. Juli bis Ende dieses Monats auf Urlaub. Es mögen Versuche und Korrespondenzen während dieser Zeit unterlassen werden.

Inserate im
Freiheitskämpfer

Der beste
Erfolg

STEIRISCHE MONTANWERKE

von

Franz Mayer-Melnhof

LEOBEN

G. H. KNORR

NÄHRUNGSMITTELFABRIK GESELLSCHAFT M. B. H.

WELS

Aufbaumittelschule

und

Realgymnasium mit Internat

Benediktinerstift Lambach

ÖBERÖSTERREICH

»Slayonia«

Österreichische Holzindustrie

Aktiengesellschaft



Wien 11,
Zinnergasse 6

Ing. Karl Stigler und
Alois Rous Nachfolger:

Franz Jakob

Stadtbaumeister

Hoch-, Eisenbeton- und Strassenbau

Wien VII, Kirchengasse 32

Pölser

Zellulose- und Papierfabrik

Aktiengesellschaft



Pöls bei Judenburg

STEFAN NARDAI

Schuhfabrik



Wien XVI

Richard Wagnerplatz 3

Tel. Y 10 2 16

Schaffler & Co.

**Fabriken
elektrischer
Apparate**

**und
elektrischer
Zünder**

Wien 15/101, Sturzgasse 34

Baumeister

Löschner & Helmer

Wien IX/66, Alserbachstraße 5

Tel. A 13 504

**Gösser
Spezial-Bräu**



GÖSSER BRÄU
1868-1912

Moorbad - Kuranstalt Marienbad

H. u. M. Sechtenberger

Salzburg, Moosstraße · Telefon 15 11

Ständige ärztliche Betreuung, Badeort im Hause
Fahrräte stehen zur Verfügung

Milchindustrie-Aktiengesellschaft

Wien III, Lechnerstraße 4, Tel. U-17 5 00

Konditorei *Zauner*

Bad Ischl, Pfarrgasse und Esplanaden-Café

**Weltbekannteste, erstklassigste
Kaffee-Konditorei**

Der Treffpunkt im Salzkammergut

Hotel Schillerhof „Haus in der Sonne“

Badgastein

Alles Komfort, herrliche Lage, möblierte Dreier, Stübli beim Frühstück

Hotel *Loftringen*

BADGASTEIN

HOTEL ERSTEN RANGES

Thermalbäder in jedem Stock - Günstige
Pauschalreisen in der Vor- und Nachsaison
21 Tage, 17 Thermalbäder alles inkl. ab S 2100

Gasthof zum Goldenen Strauß

Pächlerin: E. Bergler

Dürenstein an der Donau, Telefon 96

Fremdenzimmer, erstkl. Küche, gute Weine

Pensionat Sta Christiana

Wien-Rodaun

Telephon A 59 1 36

Volks- und Hauptschule, 3jährige Hauswirtschaftsschule

HAUS ERZHERZOG JOHANN

Badgastein

Gut bürgerliches Haus - Verzügliche Küche
Pensionspreis: Juni S 68.-, Juli S 80.- inkl. aller Abgaben

Hans Horn

Alle Arten Kartonagen, Holzstoffkisten, Zuschnitte,
bedruckt und unbedruckt, eigene Druckerei

Wien II, Untere Donaustr. 29

Telephon R 45058

VILLA HOLLANDIA U. HAUS PRÖLL

Pächlerin: Ansgret Siedel - Badgastein, Telefon 336

Thermalbäder im Hause, erstklassige Wiener Küche

Meranhaus Badgastein

Thermalbäder, jeder Komfort
Sommer und Winter geöffnet

Hotel Central

R. & M. BACHBAUER

BAD HOFGASTEIN

HAUS MIT ALLEM KOMFORT

Grand Hotel Gross**THERMALBAD HOFGASTEIN**

Thermal-Bäder-Anlage im Hotel
Kuraort im Hause
Bekannt vorzügliche Wiener,
internationale und Dittküche

Größtes und führendes Hotel mit allem erstklassigen Komfort

LUDWIG KOCH

Hotel Post Komm. Ges.

Bad Ischl, Telefon 441, 442, 541

Das Haus mit Tradition
Jeder Komfort

Josef Feller

Fabrik isolierter Drähte und Kabel

Wien VII. Kaiserstraße 54

Tel. B 37 003

GEBURTH
OFEN-HERDE
KESSEL-SECHEN
KÖHLMALAGEN
LUFTHEIZUNG
GRAUGUSS

90 JAHRE FÜHRENDE QUALITÄT

Kurhaus Hiss

Pächter: Carl Beer

Badgastein, Telefon 320

Vornehmes Bauwerk mit jedem Komfort, ganzjährig geöffnet

Benediktinerstift Lambach

Oberösterreich

Landwirtschaftsschule

**LACKE-FARBEN u. PINSEL***Alles für Anstrich u. Malerei***GUNTER WALLER***Büro Sager
u. Fabrikation*

WIEN, XV.,
STORCHENGASSE 22
AUF: R 51368 R 58361

DETAILVERKAUF VII., KIRCHENG. 7 B 30209



KAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT FÜR WIEN

SEKTION HANDEL

TELEPHON U 46-5-60-69

WIEN IV, STALINPLATZ 11

TELEPHON U 46-5-60-69

Landesgremium Wien für den Handel mit LANDMASCHINEN (17 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit MINERALÖLEN UND MINERALÖL-PRODUKTEN (27 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit SCHUHEN (9 b) Tel. U 46-5-53 IV, Argentinierstr. 13
Landesgremium Wien des Handels mit LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTEN (4) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien des Handels mit MÖBELN, FUSSBODENBELAG UND TAPETEN (23) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit SCHUHEN (9 b) Tel. U 27-1-65 Tel. U 28-4-93 I, Werderberggasse 14
Landesgremium Wien für den LEBENSMITTEL- UND GENUSSMITTELGROSSHANDEL (1) Tel. U 14-2-03 Tel. U 14-2-17 III, Lothringerstr. 14	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit PAPIER, BÜROARTIKELN UND SCHREIBWAREN (12 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit SPIELWÄREN, SPORTARTIKELN, KORBWAREN UND KINDERWAGEN (11 b) Tel. U 46-1-36 IV, Argentinierstr. 13
Landesgremium Wien des Kleinhandels mit LEBENS- UND GENUSSMITTELN (2) Tel. R 26-504 bis R 26-506 I, Krugerstraße 3	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PAPIER- UND SCHREIBWAREN, BUCHBINDEBEREITUNG UND POSTKARTEN (12 c) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien der STRASSEN- UND WANDERHÄNDLER, MARKTPHARER, HAUSEKZER UND MARKTHÄNDLER, DIE ANDERE WÄREN ALS LEBENSMITTEL FÜHREN (39 a) Tel. R 22-02 Tel. R 28-110 I, Dorotheergasse 7
Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit LEDER-, GALANTERIE- UND BOUTIQUEWAREN SOWIE KUNSTGEWERBLICHEN ARTIKELN (11 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit unvorverarbeiteten PAPIER (12 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Fachvertretung der TABAKVERLEGER (28 b) Tel. A 16-3-92 IX, Währinger Straße 26/2
Landesgremium Wien für den Handel mit LEDER, TAPEZIERER- UND SADDLERBEDARF (10 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit PARFUMERIE-, WASCH- UND HAUSHALTSARTIKELN (26 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien der TABAKVERSCHLEISSER (28 a) Tel. R 25-0-17 I, Krugerstraße 3
Landesgremium Wien der MARKTVIKTUALIENHÄNDLER Tel. R 23-6-52 (26 b) Tel. R 28-4-55 I, Dorotheergasse 7	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PARFUMERIE-, WASCH- UND HAUSHALTSARTIKELN (26 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Handel mit TECHNISCHEM UND INDUSTRIELLEM BEDARF (17 d) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11
Landesgremium Wien für den Handel mit MASCHINEN UND PRÄZISIONSWERKZEUGEN (17 c) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PHARMAZEUTIKA, DROGEN, TECHNISCHEN CHEMIKALIEN UND HANDEL MIT FARBEN UND LÄCKEN (25 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit TEXTILEN ROHSTOFFEN UND HALBFABRIKATEN (8 c) Tel. U 27-1-65 Tel. U 28-4-93 I, Werderberggasse 14
Landesgremium Wien für den Großhandel mit METALLEN UND METALLHALBFABRIKATEN (16 d) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Handel mit Artikeln der PHOTOGRANIE, KINOBEDARF, OPTISCHEN UND FEINMECHANISCHEN GERÄTEN (19 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit UHREN UND UHRENBESTANDTEILEN, JUWELN, GOLD-, SILBERWAREN, EDELSTEINEN UND PERLEN (15 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11
Landesgremium Wien für den Großhandel mit MINERALÖL, MINERALÖLPRODUKTEN, TREIB- UND SCHMIERSTOFFEN (27 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit RAUHWÄREN UND FELLE (7 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien des VERHANDELS (5) Tel. U 16-2-83 Tel. U 16-2-17 III, Lothringerstr. 16
Landesgremium Wien des WEIN- UND SPIRITUÖSEN-GROSSHANDELS (6). Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11		